Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 2082

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 81407 — 4155/60

Bonn, den 29. September 1960

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 1273 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen
(Sozialbericht 1960)

sowie das Gutachten des Sozialbeirats über die Rentenanpassung mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Die Bundesregierung wird den Entwurf eines Dritten Rentenanpassungsgesetzes gemäß Artikel 76 Abs. 2 GG am 7. Oktober 1960 dem Bundesrat zuleiten. Nach Eingang der Stellungnahme des Bundesrates wird die Bundesregierung so bald wie möglich den Gesetzentwurf dem Bundestag zuleiten.

Dem Herrn Präsidenten des Bundesrates habe ich den Sozialbericht nebst Gutachten heute gleichfalls übersandt.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz

Schäffer

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Bericht der Bundesregierung

über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen gemäß § 1273 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes

(Sozialbericht 1960)

Die Bundesregierung legt hiermit zum dritten Male seit der Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Rentenversicherungen den Bericht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen gemäß § 1273 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes (Sozialbericht 1960) vor.

Anliegen und Aufbau des Berichts sind in der Vorbemerkung zum Sozialbericht 1958 - Drucksache 568 - erläutert worden.

Inhaltsübersicht Seite

A. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959 mit einem Ausblick auf die Jahre 1960 und 1961

I. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen im Jahre 1959 5

Vorwort 5

1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 5
2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit 6
   a) Entwicklung des Sozialprodukts 6
   b) Produktion 7
   c) Preise und Löhne 8
   d) Einkommen und Vermögensbildung 9
   e) Außenhandel 11
3. Produktivität 13
4. Volkseinkommen je Erwerbstätigen 13
5. Zusammenfassung 13

II. Ausblick auf 1960 und 1961 14

B. Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen

1. Anzahl der laufenden Renten 17
2. Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten 19
3. Anzahl der Rentenanträge 20
4. Einnahmen und Ausgaben 22
5. Vermögen 22
6. Ausblick auf die künftige finanzielle Entwicklung 22

C. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherungen unter dem Gesichtspunkt einer Anpassung der laufenden Renten — Vorschlag für die Gesetzgebung — . . 24

A. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959 mit einem Ausblick auf die Jahre 1960 und 1961

I. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen im Jahre 1959

Vorwort

Die Berichterstattung der Bundesregierung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Produktivität und das Volkseinkommen je Erwerbstätigen weist im vorliegenden Bericht einen gewissen Bruch in der Kontinuität wichtiger gesamtwirtschaftlicher Zahlen auf. Das Statistische Bundesamt, dem die Aufgabe obliegt, die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zahlenmäßig zu erfassen und darzustellen, hat einige bedeutsame Korrekturen des Zahlenmaterials auch länger zurückliegender Jahre vorgenommen. Die Verbesserung der Ergebnisse gesamtwirtschaftlicher Berechnungen wird darauf zurückgeführt, daß in den vergangenen Jahren mehrere Sondererhebungen vorgenommen wurden. Die Ergebnisse solcher einmaligen Untersuchungen sind naturgemäß aussagekräftiger als die der laufenden Beobachtung und Fortschreibung. Es handelt sich dabei vor allem um die Erhebung der Nettoleistung der Industrie im Jahre 1954, um die Handwerkszählung 1956 und um die Wohnungsstatistiken aus den Jahren 1956 und 1957. Die Zahlenreihen der laufenden Statistik mußten anhand der genaueren Einzelerhebungen rückwirkend geändert werden. Die Zahlen über die Erwerbstätigkeit wurden auf Grund der Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen, die 1957 und 1958 erstellt wurden, berichtigt. Die Werte für die letzten Jahre wurden außerdem noch auf Grund der Ergebnisse der laufenden Umsatzsteuer- und Finanzstatistik, die immer etwas später vorliegen, geändert.

Das Statistische Bundesamt hält die nun veröffentlichten Zahlen, soweit sie die Jahre 1950 bis 1955 betreffen, für endgültig. Die übrigen Zahlen können möglicherweise noch geringfügig geändert werden. Die Angaben, die sich auf die Jahre 1958 und 1959 beziehen, müssen als vorläufige Ergebnisse angesehen werden. Um die Vergleichbarkeit der Zahlen in den Sozialberichten mit den nunmehr vorliegenden Angaben des Statistischen Bundesamts zu wahren, sind die Zeitreihen auch der vorhergehenden Berichte entsprechend angepaßt worden. Soweit nichts anderes vermerkt ist, beziehen sich die Zahlenangaben auf das Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin.

1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet stieg von 51 128 000 im Jahresdurchschnitt 1958 um rund 619 000 auf 51 747 000 im Durchschnitt des Jahres 1959. Wie im voraufgegangenen Jahr war auch 1959 mehr als die Hälfte der Bevölkerungszunahme auf das natürliche Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Die Zunahme der Bevölkerung aus Geburtenüberschuß belief sich im Jahre 1959 auf etwa 349 700, das sind 6,8 auf Tausend. Die allgemeine Geburtenziffer stieg von 16,9 (1958) auf 17,6 Lebendgeborene je 1000 Einwohner, während die allgemeine Sterbeziffer mit 10,8 Gestorbenen je 1000 Einwohner gegenüber 1958 unverändert blieb. Der Wanderungsgewinn aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin betrug im Jahre 1959 rund 136 000, aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und aus dem Ausland etwa 75 000.

Die Zahl der Arbeitskräfte hat sich von 24 860 000 im Jahresdurchschnitt 1958 um 0,6 v. H. auf 25 013 000 im Durchschnitt des Jahres 1959 erhöht. Die relativ geringe Zunahme um nur 153 000 Personen erklärt sich aus dem Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge aus der Zeit der letzten Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre in das Erwerbsleben und aus dem Ausscheiden verhältnismäßig stark besetzter Altersgruppen aus dem Arbeitsprozeß.

Die Arbeitslosenzahl, die längst den Punkt unterschritten hat, der als Merkmal der Vollbeschäftigung gilt, nahm — entgegen manchen Erwartungen zu Beginn des Vorjahres — auch im Jahre 1959 (Jahresdurchschnitt) wieder um 207 000, das sind rund 30 v. H., ab. Im September 1959 wurde ein bis dahin für kaum vorstellbar gehaltener Mindeststand von 184 300 Arbeitslosen erreicht; der niedrigste

Übersicht 1

Bevölkerung und Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1959

Ergebnisse einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes
Jahresdurchschnitte

Jahr	Bevölkerung		Arbeitskräfte (einschließlich Selbständige und mithelfende Familienangehörige) insgesamt			davon arbeitslos	
	in 1000	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	in 1000	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	in v. H. der Bevölkerung	in 1000	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.
1950	46 908	.	21 580	.	*46,0*	1 580	.
1951	47 413	*+1,1*	21 950	*+1,7*	*46,3*	1 430	*− 9,5*
1952	47 728	*+0,7*	22 290	*+1,5*	*46,7*	1 380	*− 3,5*
1953	48 172	*+0,9*	22 685	*+1,8*	*47,1*	1 260	*− 8,7*
1954	48 710	*+1,1*	23 215	*+2,3*	*47,7*	1 220	*− 3,2*
1955	49 203	*+1,0*	23 760	*+2,3*	*48,3*	930	*−23,8*
1956	49 800	*+1,2*	24 195	*+1,8*	*48,6*	760	*−18,3*
1957	50 465	*+1,3*	24 630	*+1,8*	*48,8*	660	*−13,2*
1958	51 128	*+1,3*	24 860	*+0,9*	*48,6*	680	*+ 3,0*
1959	51 747	*+1,2*	25 013	*+0,6*	*48,3*	475	*−30,1*

Quelle: Statistisches Bundesamt (1959 vorläufige Ergebnisse)

Stand der Arbeitslosigkeit im Jahre 1958 war 327 560. Seit Mitte 1959 übersteigt die Zahl der offenen Stellen erstmalig und nachhaltig die Zahl der Arbeitslosen. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der am Erwerbsleben beteiligten Personen sank somit im Jahresdurchschnitt auf 1,9 v. H. gegenüber 2,7 v. H. im Jahre 1958. Die Zahl der im Erwerbsleben tätigen Personen (Arbeitskräfte ohne Arbeitslose) nahm um 358 000 zu, das sind 1,5 v. H.

2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

a) Entwicklung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen erreichte 1959 einen Wert von 247,0 Milliarden DM. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 18,8 Milliarden DM, das sind 8,2 v. H. (1958: 6,8 v. H.). Ein Vergleich mit dem Jahre 1950 zeigt, daß *wertmäßig* 1959 zweieinhalbmal soviel Güter und Leistungen erstellt wurden wie 1950.

Die reale Zunahme des Sozialprodukts läßt sich durch die Ausschaltung von Preisveränderungen feststellen. Rechnerisch werden die Preisveränderungen in der amtlichen Statistik dadurch eliminiert, daß die erstellten Güter und Leistungen, ganz gleich welchen Jahres, mit den Preisen von 1954 bewertet werden. Das Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954 hatte 1959 eine Größe von 215,6 Milliarden DM. Es übertraf das des Vorjahres um 12,9 Milliarden DM oder 6,4 v. H. (1958: 3,2 v. H.). Verglichen mit 1950 wurde 1959 *mengenmäßig* rund 90 v. H. mehr erzeugt.

Das Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner stieg 1959 um 6,9 v. H. auf 4773 DM

Übersicht 2

Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1959

Jahr	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1954		
	Mrd. DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100	Mrd. DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100
1950	97,2	.	100	113,1	.	100
1951	118,6	*+22,0*	122	125,0	*+10,5*	111
1952	135,6	*+14,3*	140	135,4	*+ 8,3*	120
1953	145,5	*+ 7,3*	150	145,6	*+ 7,5*	129
1954	156,4	*+ 7,5*	161	156,4	*+ 7,4*	138
1955	178,3	*+14,0*	183	174,4	*+11,5*	154
1956	196,4	*+10,2*	202	186,4	*+ 6,9*	165
1957	213,6	*+ 8,8*	220	196,5	*+ 5,4*	174
1958	228,2	*+ 6,8*	235	202,7	*+ 3,2*	179
1959	247,0	*+ 8,2*	254	215,6	*+ 6,4*	191

Quelle: Statistisches Bundesamt (1958 und 1959 vorläufige Ergebnisse)

(1958: um 5,4 v. H. auf 4463 DM). Die Zuwachsrate ist niedriger als die des gesamten Sozialprodukts, weil auch 1959 die Bevölkerung wieder zugenommen hat. Der reale Zuwachs (in Preisen des Jahres 1954) übertraf mit 5,1 v. H. den des Jahres 1958 (1,8 v. H.) erheblich. In den Wachstumsraten drückt sich die Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr sehr deutlich aus.

Während der Wirtschaftsablauf des Jahres 1958 verhältnismäßig ruhig war und in einigen Wirtschaftsbereichen sogar Produktionseinschränkungen und Absatzschwierigkeiten mit sich brachte, setzte im Jahre 1959 ein neuer Aufschwung ein, der die einzelnen Wirtschaftsbereiche allerdings unterschiedlich stark erfaßte. Die Expansion ging vom Baumarkt, von der Lagerhaltung und vom Export aus. Im Baugewerbe begünstigten den Aufschwung die zunächst noch relativ niedrigen Zinssätze, die die private Baulust anregten, sowie die Bauförderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand. Die Vorräte der Industrie waren durch Absatzschwierigkeiten 1958 zunächst stärker angestiegen als beabsichtigt. Die wachsenden Lager hatten zu Bestellungsrückgängen geführt, wodurch es zu einem Abbau der Vorräte gekommen war. Anfang 1959 war der Lagerabbau beendet, die Bestelltätigkeit normalisierte sich, einige Bereiche begannen auch, Vorratslager wieder aufzufüllen. Auf Grund veränderter Absatz- und Preiserwartungen der Unternehmer, anziehender Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und unter dem Einfluß des amerikanischen Stahlarbeiterstreiks nahm die Bestelltätigkeit weiter zu. Die zunehmende Nachfrage regte die Vorratsbildung im Laufe des Jahres weiter an. Auch in den Verbrauchsgüterindustrien, besonders in der Textil- und Lederindustrie, verstärkte sich die Vorratshaltung. Die konjunkturelle Wiederbelebung beschränkte sich nicht auf die Bundesrepublik Deutschland. Auch in einer Reihe von Ländern, mit denen die Bundesrepublik außenwirtschaftlich verbunden ist, kam es im Jahre 1959 zu einem konjunkturellen Aufschwung. Die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität bei den Handelspartnern bewirkte einen starken Anstieg der Nachfrage nach deutschen Exportgütern. Einen Sonderfaktor bildete hierbei der Streik der amerikanischen Stahlarbeiter, der den europäischen Stahllieferanten, die im Vorjahr noch über Absatzschwierigkeiten zu klagen hatten, zu einem unerwartet hohen Auftragseingang verhalf.

Übersicht 3

Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1959

je Einwohner

Jahr	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen je Einwohner					
	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1954		
	DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100	DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100
1950	2 072	.	100	2 411	.	100
1951	2 501	+20,7	121	2 636	+ 9,3	109
1952	2 841	+13,6	137	2 837	+ 7,6	118
1953	3 020	+ 6,3	146	3 022	+ 6,5	125
1954	3 211	+ 6,3	155	3 211	+ 6,3	133
1955	3 624	+12,9	175	3 544	+10,4	147
1956	3 944	+ 8,8	190	3 743	+ 5,6	155
1957	4 233	+ 7,3	204	3 894	+ 4,0	162
1958	4 463	+ 5,4	215	3 965	+ 1,8	164
1959	4 773	+ 6,9	230	4 166	+ 5,1	173

Quelle: Statistisches Bundesamt (1958 und 1959 vorläufige Ergebnisse)

Der Wirtschaftsaufschwung führte unmittelbar zu einer weiteren Verknappung von Arbeitskräften und begünstigte die Bestrebungen, die Arbeitskräfte rationeller einzusetzen und die Produktion kapitalintensiver zu gestalten. Im Verlauf des Jahres 1959 wuchs daher die Nachfrage nach arbeitssparenden Maschinen. Diese Investitionen dienten nicht nur der Rationalisierung, sondern führten auch zu Kapazitätserweiterungen.

Der Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt erhöhte sich von 23,5 v. H. im Vorjahr auf 24,3 v. H. Insgesamt wurden 59,9 Milliarden DM (1958: 53,7) für Investitionen ausgegeben. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen um 9,5 v. H., die Bauinvestitionen sogar um 18,0 v. H. zu. Der Lageraufbau verstärkte sich zwar, blieb aber mit 2,7 Milliarden DM geringer als im Vorjahr (3,4 Milliarden DM). Der staatliche Verbrauch nahm ebenfalls erheblich zu, nämlich von 30,8 Milliarden DM 1958 auf 34,0 Milliarden DM 1959, während der Außenbeitrag mit + 8,5 Milliarden DM gegenüber + 8,8 Milliarden DM im Vorjahr zurückging. Sein Anteil am gesamten Sozialprodukt sank von 3,9 auf 3,4 v. H.

Die Ausgaben für den privaten Verbrauch erreichten 1959 eine Höhe von 144,6 Milliarden DM, das sind 58,5 v. H. des Sozialprodukts. Allerdings blieb die Wachstumsrate der Ausgaben für den privaten Verbrauch mit 7,2 v. H. hinter der des gesamten Sozialprodukts zurück. Der Anteil des Sozialprodukts, der in den Bereich des Privatverbrauchs floß, war kleiner als im Vorjahr (1958: 59,1 v. H.; 1959: 58,5 v. H.). Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahr die verfügbaren Einkommen bei weiterhin hoher Spartätigkeit langsamer wuchsen als im Vorjahr.

b) Produktion

Das Produktionsvolumen der gesamten Industrie erhöhte sich 1959 gegenüber dem Vorjahr um 7,6 v. H. und erreichte damit — nach dem nur schwachen Anstieg im vorhergegangenen Jahr um 3,1 v. H. — einen Stand von 124 v. H. über dem des Jahres 1950 bzw. von 146 v. H. über 1936. Im Gegensatz zum Jahre 1958 waren an der Produktionssteigerung mit Ausnahme des Bergbaus alle Industrie-

zweige, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, beteiligt. Am stärksten nahm die Produktion im Bauhauptgewerbe mit 16,3 v. H. zu. Die Produktion der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien stieg um 13,0 v. H., während die Investitionsgüterindustrien ihre Produktion um 8,3 v. H. steigerten. Die Verbrauchsgüterindustrien, deren Produktionsvolumen im Vorjahr rückläufig war, wiesen 1959 einen Produktionsanstieg um 6,4 v. H. aus. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien steigerten ihre Produktion um 2,9 v. H.; bei der Beurteilung dieses Ergebnisses ist allerdings zu berücksichtigen, daß größere Produktionsverlagerungen in das Land Berlin vorgenommen wurden und die Erzeugung dieser Werke damit aus der Produktionsstatistik der Bundesrepublik ausschied. Einen Rückgang um 2,8 v. H. gab es im Bergbau, wo vor allem die Steinkohlengewinnung stark zurückging, während die Erdöl- und Erdgasgewinnung weiter ausgedehnt wurden.

c) Preise und Löhne

Die Verbraucherpreise blieben in der ersten Hälfte des Jahres 1959 konstant. Erst in der zweiten Jahreshälfte setzten sich bei Nahrungsmitteln nicht unbeträchtliche Preiserhöhungen durch, die vor allem durch die Trockenheit des Jahres und die sich daraus ergebenden Preiserwartungen verursacht wurden; bereits im Dezember kam es indessen wieder zu einigen Preisrückgängen auf diesem Gebiet. Der Preisindex für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe ist von 119 (Januar bis Mai) auf 123 (Dezember) gestiegen. Preiserhöhungen gab es vor allem in der Bedarfsgruppe Ernährung, besonders bei Obst, Gemüse und Kartoffeln. Preisrückgänge verzeichneten Elektro- und Tongeräte und in geringerem Maße Textilien, während Schuh- und Lederwaren teurer wurden.

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte stiegen gegenüber 1958 um 3,8 v. H., die Erzeuger-

Übersicht 4

Verwendung des Sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1959

Verwendungsart	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
					Mrd. DM (in jeweiligen Preisen)					
Privater Verbrauch .	62,5	72,5	79,9	87,6	92,8	103,4	115,1	125,6	134,9	144,6
Staatsverbrauch . .	14,0	17,4	20,8	21,1	22,0	23,8	25,4	27,3	30,8	34,0
Investitionen . . .	21,9	26,4	31,5	31,4	36,3	47,0	49,3	52,0	53,7	59,9
Außenbeitrag . . .	− 1,2	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,2	+ 6,6	+ 8,7	+ 8,8	+ 8,5
Bruttosozialprodukt	97,2	118,6	135,6	145,5	156,4	178,3	196,4	213,6	228,2	247,0
					Mrd. DM (in Preisen von 1954)					
Privater Verbrauch	69,2	73,8	79,3	88,2	92,8	101,5	110,5	117,1	122,6	130,1
Staatsverbrauch . .	17,5	19,4	21,5	21,3	22,0	22,9	23,2	24,1	26,3	28,8
Investitionen . . .	25,5	26,8	30,1	30,8	36,3	45,5	46,2	47,3	47,9	52,4
Außenbeitrag . . .	+ 1,0	+ 5,1	+ 4,6	+ 5,4	+ 5,3	+ 4,6	+ 6,6	+ 8,0	+ 5,9	+ 4,4
Bruttosozialprodukt	113,1	125,0	135,4	145,6	156,6	174,4	186,4	196,5	202,7	215,6
					in v. H. (in jeweiligen Preisen)					
Privater Verbrauch .	64,2	61,1	59,0	60,2	59,3	58,0	58,6	58,8	59,1	58,5
Staatsverbrauch . .	14,4	14,7	15,3	14,5	14,1	13,3	12,9	12,8	13,5	13,8
Investitionen . . .	22,6	22,3	23,2	21,5	23,2	26,3	25,1	24,3	23,5	24,3
Außenbeitrag . . .	− 1,2	1,9	2,5	3,8	3,4	2,4	3,4	4,1	3,9	3,4
Bruttosozialprodukt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

Quelle: Statistisches Bundesamt (1958 und 1959 vorläufige Ergebnisse)

preise industrieller Produkte gingen um 0,8 v. H. zurück. Die Preise für Güter aus dem Ausland, besonders für landwirtschaftliche Produkte, sind im Laufe des Jahres 1959 leicht gestiegen; sie lagen allerdings im Durchschnitt unter denen des Vorjahres.

Das durchschnittliche Monatsarbeitseinkommen — Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer — stieg von 442 DM 1958 um 5,1 v. H. auf 464 DM 1959. Das Wachstum der Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer blieb also hinter dem des Bruttosozialprodukts je Einwohner (6,9 v. H.) und hinter dem des Volkseinkommens je Erwerbstätigen (6,4 v. H.) zurück. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme erreichte 1959 insgesamt eine Höhe von 103,7 Milliarden DM (Zuwachs 7,2 v. H.), die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 116,8 Milliarden DM (Zuwachs 7,1 v. H.). Der Anteil der gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen (191,4 Milliarden DM) war 61,0 v. H. und ging gegenüber 61,5 v. H. im voraufgegangenen Jahr etwas zurück. Die gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind seit 1950 auf das Zweieinhalbfache (Index: 265), die Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer auf fast das Doppelte (Index: 191) gestiegen.

Die Übertragungseinkommen — Beamtenpensionen, Sozialrenten und Unterstützungen — nahmen im Berichtsjahr um 2,9 v. H. zu. Die relativ niedrige durchschnittliche Steigerungsrate der Sozialeinkommen findet ihre Ursache zum Teil darin, daß infolge der guten Beschäftigungslage die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe gesunken sind. Auch die Ausgaben der Kriegsopferversorgung sind wegen des zunehmenden zeitlichen Abstands von den beiden Weltkriegen 1959 wieder rückläufig gewesen. Einen leichten Rückgang des Leistungsaufwandes verzeichnete ferner die gesetzliche Unfallversicherung. Der Grund dafür dürfte die zeitliche Verzögerung sein, die bei der Umrechnung der Versicherungsleistungen nach dem Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1071) entstanden ist. Ein erheblicher Teil der Renten wurde erst 1958 umgerechnet und zusammen mit den Nachzahlungen für 1957 ausgezahlt. Die Ausgaben der Unfallversicherung sind deshalb 1958 sprunghaft gestiegen, obwohl sich die Zahl der Renten und der sonstigen Leistungsfälle normal entwickelte. Im Jahre 1959 war die Umrechnung abgeschlossen, und die Rentenzahlung normalisierte sich wieder. Die rückläufigen oder stagnierenden Ausgaben in diesen drei Bereichen erklären die relativ niedrige Wachstumsrate der Übertragungseinkommen. Die Einkommensübertragungen aus den gesetzlichen Rentenversicherungen, dem größten Zweig der Sozialversicherung, sind dagegen — wie sich aus dem anschließenden Teil B ergibt — stärker gestiegen als der Durchschnitt aus allen sozialen Bereichen.

d) Einkommen und Vermögensbildung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hatte 1959 eine Höhe von 158,7 Milliarden DM; gegenüber 1958 ist es um 7,5 v. H. gestiegen. Diese Wachstumsrate liegt unter der des vergangenen Jahres (1958: 8,0 v. H.). Die Anteile der einzelnen Einkommensarten am verfügbaren Einkommen nahmen in unterschiedlichem Ausmaß zu. Am stärksten stiegen die Privatentnahmen der Selbständigen mit 11,8 v. H. Es folgten die Nettolöhne und -gehälter: 7,5 v. H. (1958: 6,8 v. H.), am schwächsten stiegen die Übertragungseinkommen: 2,9 v. H. (1958: 12,0 v. H.), obwohl 1959 zum ersten Mal die Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 6,1 v. H. angepaßt wurden.

Übersicht 5

Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950, 1958 und 1959

Gliederung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit	1950	1958	1959
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Mrd. DM	44,1	109,0	116,8
— Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung Mrd. DM	4,3	12,3	13,1
= Bruttolohn- und -gehaltssumme Mrd. DM	39,8	96,8	103,7
— Abzüge für direkte Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung Mrd. DM	5,0	14,5	15,3
= Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Mrd. DM	34,8	82,3	88,4
in v. H. der Bruttolohn- und -gehaltssumme	*87,4*	*85,0*	*85,3*
Bruttolohn- u. -gehaltssumme monatlich je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer DM	243,—	442,—	464,—

Quelle: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank

Von den privaten Haushalten wurden 1959 14,1 Milliarden DM gespart. Das sind 10,7 v. H. mehr als 1958. Der Anteil der privaten Ersparnis am verfügbaren Einkommen (Ersparnisquote) stieg damit von 8,7 v. H. im Jahre 1958 auf 8,9 v. H. Die Zunahme des privaten Verbrauchs war mit 7,2 v. H. geringer als die Steigerung der verfügbaren Einkommen.

An der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung waren die privaten Haushalte 1959 mit rund einem Drittel beteiligt. Die Vermögensbildung der privaten Haushalte überstieg die Selbstfinanzierung der Unternehmen (nicht entnommene Gewinne). Beide Posten blieben allerdings hinter den Überschüssen aus der laufenden Rechnung der öffentlichen Haushalte zurück. Darin enthalten sind mit 4,9 v. H. die Überschüsse der Sozialversicherung (im Vorjahr 5,4 v. H.), von denen allein in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten rund eine Milliarde DM Überschuß erzielt wurde. Trotz der stärkeren Beanspruchung der Finanzkraft dieser beiden Versicherungen durch die Rentenanpassung im Berichtsjahr lag der Überschuß über dem des Jahres 1958 (0,7 Milliarden DM). Die Arbeitslosenversicherung erzielte einen Überschuß der Einnahmen über

Übersicht 6

Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte in den Jahren 1950, 1958 und 1959

Rechnungsgrößen	1950	1958	1959	Zuwachs 1959 gegenüber 1958 in v. H.
	Mrd. DM			
Bruttolöhne und -gehälter	39,8	96,8	103,7	+ 7,2
— Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	5,1	14,5	15,3	+ 5,8
= Nettolöhne und -gehälter	34,7	82,3	88,4	+ 7,5
+ Einkommensübertragungen	11,7	31,0	31,9	+ 2,9
= Masseneinkommen	46,6	113,3	120,3	+ 6,2
+ Privatentnahmen der Selbständigen	18,0	34,4	38,4	+ 11,8
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	64,5	147,7	158,7	+ 7,5
— Privater Verbrauch	62,5	134,9	144,6	+ 7,2
= Private Ersparnis	2,0	12,8	14,1	+ 10,7
Ersparnisquote in v. H.	3,1	8,7	8,9	

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Übersicht 7

Ersparnis und Vermögensbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1958 und 1959
in Milliarden DM

Ersparnis	1958	1959	Vermögensbildung	1958	1959
Sparen der privaten Haushalte	12,7	14,3	Bruttoanlageinvestitionen	49,9	56,0
Nichtentnommene Gewinne der Unternehmer	13,3	13,9	— Ersatzinvestitionen	19,9	20,7
			= Nettoanlageinvestitionen	30,1	36,1
Überschuß der laufenden Rechnung der öffentlichen Haushalte	13,4	16,6	+ Vorratsinvestitionen	3,2	3,0
a) Gebietskörperschaften	(11,3)	(14,5)	= Nettoinvestitionen	33,3	39,1
b) Sozialversicherung	(2,1)	(2,2)			
Saldo der Vermögensübertragung an das Ausland und Berlin (netto)	— 0,3	— 1,0	+ Nettozuwachs der Forderungen an das Ausland und Berlin	5,9	4,9
Ersparnis	39,2	44,0	Vermögensbildung	39,2	44,0

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Juli 1960, S. 56 f. (Die Zahlen dieser Übersicht konnten bis zur Drucklegung den revidierten Ergebnissen der Sozialproduktsstatistik nicht mehr angeglichen werden; die Angaben über einzelne Posten weichen daher von den an anderer Stelle des Berichts genannten Zahlen geringfügig ab.

die Ausgaben von 0,3 Milliarden DM, nachdem sie 1958 noch mit einem Defizit abgeschlossen hatte. Insgesamt erzielten die Sozialversicherungen 1959 einen Überschuß von 2,2 Milliarden DM gegenüber 2,1 Milliarden DM im Jahre 1958.

e) Außenhandel

Die Bilanz des Warenverkehrs der Bundesrepublik mit dem Ausland (einschließlich Transithandel) wies 1959 einen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr (fob/fob) von 7,8 Milliarden DM aus. Im Jahre 1958 lag der Überschuß der Warenbilanz bei 7,5 Milliarden DM. Gegenüber 1958 nahm die Ausfuhr wertmäßig um 11,3 v. H., die Einfuhr (cif) um 15,1 v. H. zu. Mengenmäßig ist sogar ein noch größeres Wachstum der Einfuhr festzustellen, weil die Einfuhrpreise unter denen des Vorjahres lagen. Die Einfuhrmenge ist um 20,3 v. H. gestiegen, während das Ausfuhrvolumen um 14,0 v. H. wuchs. Da die Dienstleistungsbilanz einen Passivsaldo von 0,58 Milliarden DM aufwies (1958: Aktivsaldo von 0,4 Milliarden DM), ergab sich aus beiden Posten ein Aktivüberschuß von 7,2 Milliarden DM, der um 0,7 Milliarden DM unter dem des Vorjahres lag. Die Dienstleistungsbilanz wurde vor allem deshalb passiv, weil sich die Reiseverkehrsbilanz „verschlechterte" — ausländische Touristen gaben im Inland 0,5 Milliarden DM weniger aus als deutsche Touristen im Ausland — und die Kapitalertragsbilanz ein Defizit von einer Milliarde DM aufwies.

Einen beträchtlichen Passivsaldo hatte die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen (insbesondere Wiedergutmachungszahlungen und Leistungen im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlandes): 2,6 Milliarden DM (1958: 1,6 Milliarden DM); dadurch wurde der Überschuß der Bilanz der laufenden Posten auf 4,5 Milliarden DM (1958 6,2 Milliarden DM) herabgesetzt.

Diesem Überschuß stand im Berichtsjahr nicht eine Zunahme des Goldbestandes und der Forderungen der Deutschen Bundesbank (Devisenreserven) gegenüber, sondern ein Kapitalexportüberschuß in Höhe von 6,13 Milliarden DM (1958: 2,4 Milliarden DM), davon 3,76 Milliarden DM langfristig (1958: 1,9 Milliarden DM) und 2,37 Milliarden DM (0,5 Milliarden DM) kurzfristig. Der Exportsaldo der privaten Kapitalleistungen belief sich hierbei auf 2,6 Milliarden DM.

Die zentralen Währungsreserven, die bis Ende 1958 einschließlich eines Goldbestandes von 11,1 Milliarden DM auf 26,2 Milliarden DM gestiegen waren, verminderten sich im Laufe des Jahres 1959 erstmals um 2,1 Milliarden DM. Die Abnahme der zentralen Währungsreserven steht im Zusammenhang mit den Kapitalexporten und den 1959 verstärkten öffentlichen Leistungen an das Ausland, die zum Teil einmaliger Natur waren. Sie ist um so bemerkenswerter, als 1958 noch Devisen im Wert von 3,2 Milliarden DM zuflossen, in den voraufgegangenen zwei Jahren sogar mehr als 5 Milliarden DM pro Jahr. Ein grundsätzlicher Umbruch in der Entwicklung wurde damit allerdings nicht eingeleitet.

Übersicht 8

Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland 1959 *)

in Millionen DM

AKTIVA			PASSIVA
Warenhandelsbilanz			
Ausfuhr (fob)	41 025	Einfuhr (fob)	33 141
Transitverkäufe	1 886	Transitkäufe	2 018
Saldo	**7 752**		
Dienstleistungsbilanz			
Einnahmen	11 039	Ausgaben	11 614
Saldo			**575**
Bilanz der unentgeltlichen Leistungen			
fremde Leistungen	123	eigene Leistungen	2 759
Saldo			**2 636**
Saldo der laufenden Posten	*4 541*		
Bilanz der langfristigen Kapitalleistungen			
Zunahme fremder Kapitalanlagen im Inland	3 501	Zunahme eigener Kapitalanlagen im Ausland	3 994
Abnahme fremder Kapitalanlagen im Ausland	785	Abnahme fremder Kapitalanlagen im Inland	4 051
Saldo			**3 759**
Bilanz der kurzfristigen Kapitalleistungen			
Zunahme fremder Kapitalanlagen im Inland	442	Zunahme eigener Kapitalanlagen im Ausland	2 816
Saldo			**2 374**
Saldo der Kapitalbilanz			*6 133*
Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz			*1 592*
Devisenbilanz			
Verringerung des Goldbestandes	8	Abnahme der Verpflichtungen	230
Abnahme der Forderungen	2 323		
Saldo	**2 101**		
Nicht erfaßte Posten und statistische Fehler			
Saldo			**509**

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. Juli 1959) einschließlich der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland

Quelle: Deutsche Bundesbank

Übersicht 9

Veränderungen der Produktivität in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1959

Jahr	Gesamtwirtschaftliche Produktivität Jährliche Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen in v. H.	Industrielle Produktivität*) Jährliche Veränderung je Beschäftigten in v. H.	Industrielle Produktivität*) Jährliche Veränderung je Arbeiterstunde in v. H.
1951	+7,7	+7,9	+8,2
1952	+6,2	+3,0	+3,8
1953	+5,0	+5,9	+6,1
1954	+5,0	+6,2	+5,7
1955	+7,5	+5,9	+6,2
1956	+4,0	+1,4	+4,0
1957	+3,0	+2,1	+7,5
1958	+2,1	+2,7	+5,4
1959	+4,9	+6,8	+8,4

*) ohne Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe Quelle: Statistisches Bundesamt

3. Produktivität

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, gemessen als die reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, ist im Jahre 1959 wieder stärker gestiegen als in den drei voraufgegangenen Jahren. Im Jahre 1958 betrug die Zunahme 2,1 v. H., im Jahre 1959 dagegen 4,9 v. H. Die Ursachen dafür sind zum Teil darin zu suchen, daß 1958 die Produktionskapazität der Unternehmen nicht in allen Fällen voll ausgenutzt war und die Erwartungen der Unternehmer Entlassungen als nicht zweckmäßig erscheinen ließen; 1959 dagegen wurden sowohl die schon vorhandenen Kapazitäten stärker ausgenutzt als auch neue Anlagen in Betrieb genommen. Die zunehmende Verknappung an Arbeitskräften zwang bei ständig wachsendem Auftragseingang zu rationellerer und kapitalintensiverer Produktion; auch das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzungen ließ nach. Die Folge war ein beachtlicher Anstieg des Arbeitsergebnisses je Beschäftigten in den meisten Wirtschaftszweigen, am stärksten wieder — infolge der besonders günstigen Voraussetzungen — im Bereich der Industrie. Bei einem Rückgang der in der Industrie geleisteten Arbeiterstunden um 1,2 v. H. stieg die industrielle Produktivität je Beschäftigten um 6,8 v. H. gegenüber 2,7 v. H. 1958, je Arbeiterstunde um 8,4 v. H. gegenüber 5,4 v. H. 1958. Von 1950 bis 1959 ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität um 54 v. H., das industrielle Produktionsergebnis je Beschäftigten um 50 v. H. und die industrielle Produktivität je Arbeiterstunde um 71 v. H. gestiegen.

4. Volkseinkommen je Erwerbstätigen

Das Volkseinkommen — die Summe aller Einkommen aus Arbeit und Vermögen — erreichte 1959 eine Höhe von 191,4 Milliarden DM. Es lag damit um 8,0 v. H. höher als im Jahre 1958, als es 177,2 Milliarden DM betrug, und war zweieinhalbmal so groß wie im Jahre 1950.

Übersicht 10

Volkseinkommen und Volkseinkommen je Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1959

Jahr	Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) insgesamt Mrd. DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100	je Erwerbstätigen DM	Zuwachs gegenüber Vorjahr in v. H.	1950 = 100
1950	74,5	.	100	3 726	.	100
1951	90,3	+21,2	121	4 401	+18,1	118
1952	102,8	+13,9	138	4 917	+11,7	132
1953	110,6	+ 7,6	148	5 163	+ 5,0	139
1954	119,7	+ 8,2	161	5 442	+ 5,4	146
1955	137,5	+14,9	185	6 024	+10,7	162
1956	152,1	+10,6	204	6 489	+ 7,7	174
1957	165,8	+ 9,0	222	6 915	+ 6,6	186
1958	177,2	+ 6,9	238	7 329	+ 6,0	197
1959	191,4	+ 8,0	257	7 799	+ 6,4	209

Quelle: Statistisches Bundesamt (1958 und 1959 vorläufige Ergebnisse)

Das Volkseinkommen je Erwerbstätigen, dessen Veränderungsrate bei der Rentenanpassung mit in Betracht gezogen werden soll, hatte 1959 eine Höhe von 7799 DM, die Wachstumsrate war 6,4 v. H. Wegen der abermals gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen war der Zuwachs des gesamten Volkseinkommens höher als der des Volkseinkommens je Erwerbstätigen. Dennoch ist auch das Volkseinkommen je Erwerbstätigen seit 1950 auf mehr als das Doppelte gestiegen.

5. Zusammenfassung

Bei der Beurteilung der Frage, ob die Bestandsrenten der gesetzlichen Rentenversicherungen an die Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage angepaßt werden sollen und können, soll nach dem Wortlaut der Rentenversicherungsgesetze auch der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung getragen werden.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage des Jahres 1960 liegt um 5,4 v. H. über der des Jahres 1959. Zum Vergleich liegen folgende, in diesem Teil des Sozialberichts erläuterte Zahlen vor:

1. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, wie sie in der Zunahme des Sozialprodukts 1959 zum Ausdruck kommt,
   a) nominelle Zunahme 8,2 v. H.
   b) reale Zunahme 6,4 v. H.
2. Gesamtwirtschaftliche Produktivität 4,9 v. H.
3. Volkseinkommen je Erwerbstätigen 6,4 v. H.

II. Ausblick auf 1960 und 1961

Der konjunkturelle Aufschwung, der im Frühjahr 1959 begonnen hatte, setzte sich auch im Jahre 1960 fort und führte zu einer Verstärkung der wirtschaftlichen Expansion. Die Zunahme des Bruttosozialprodukts wird für das laufende Jahr auf etwa 10 v. H. in jeweiligen Preisen bzw. auf etwa 8 v. H. in konstanten Preisen geschätzt.

Die schon im Vorjahr sichtbar gewordene Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Angebot und Nachfrage hat sich zunächst noch weiter vergrößert. Spannungsmerkmale zeigten sich insbesondere in der Industrie, deren Auftragseingänge bis in die jüngste Zeit hinein die Umsätze übertraf, so daß sich der Bestand an unerledigten Aufträgen ständig vergrößerte.

Auch die Situation am Arbeitsmarkt spiegelt deutlich das vorhandene Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wider. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften kann nur zu einem Teil befriedigt werden, die Zahl der offenen Stellen ist um ein Vielfaches höher als die der Arbeitslosen.

Der Mangel an Arbeitskräften stellt das entscheidende Hemmnis für die Ausweitung der Produktion dar. Daß dennoch ihr Wachstum bis in die letzte Zeit sehr hoch blieb, ist einem sehr beachtlichen Produktivitätsfortschritt in der Industrie zu danken. Die Ausweitung der inländischen Produktion kam allerdings auch in den vergangenen Monaten des Jahres 1960 nicht in vollem Umfange den Inlandsmärkten zugute, weil der Exportüberschuß trotz kräftig wachsender Einfuhren außerordentlich hoch blieb.

Im ganzen haben sich die Ansprüche an das Sozialprodukt im bisherigen Verlauf des Jahres 1960 noch stärker erhöht als das Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Die Expansion der Nachfrage wird hauptsächlich von den Investitionen und vom Export getragen. Seit einiger Zeit trägt jedoch neben dem Staatsverbrauch auch der private Konsum zur Nachfrageausweitung bei. Die Voraussetzung hierfür wurde durch eine merkliche Beschleunigung der Einkommensbildung, vor allem auf Grund erhöhter Löhne und Gehälter, geschaffen. Da gleichzeitig die Sparneigung schwächer wurde, hat sich der Spielraum für Konsumausgaben erweitert.

Die Lohnerhöhungen wurden in den letzten Monaten von der Industrie vermehrt zum Anlaß von Preiserhöhungen genommen, wenngleich die tiefere Ursache für den seit Mitte 1960 zu beobachtenden Preisanstieg in dem Nachfrageüberhang zu suchen ist.

Um den Preisauftriebstendenzen entgegenzuwirken, haben die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank verschiedene Maßnahmen getroffen. In der Kreditpolitik wird bereits seit Herbst 1959 ein restriktiver Kurs verfolgt, wobei u. a. mehrmals Mindestreservesätze erhöht und der Diskontsatz heraufgesetzt wurden. Auch durch steuer- und haushaltspolitische Maßnahmen wird bremsend auf die Nachfrage eingewirkt. Daneben dienen verstärkte Bemühungen um eine Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte zur Ausweitung der Beschäftigung und damit auch des Produktionsvolumens.

Auf Grund der durch die Konjunkturpolitik veränderten Bedingungen und verschiedener Marktfaktoren kann damit gerechnet werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1961 etwas ruhiger verlaufen wird als in diesem Jahr. So lassen sich in den besonders zinsabhängigen Bereichen — wie vor allem im Wohnungsbau — bereits jetzt Anzeichen einer künftig weniger lebhaften Nachfrageentwicklung erkennen.

Wichtige Nachfrageimpulse werden auch dadurch wegfallen, daß sich der Lageraufbau, der bisher sehr stark zur konjunkturellen Übersteigerung beigetragen hat, wieder normalisiert. Auch die Expansion der Auslandsnachfrage dürfte etwas schwächer werden, da die Konjunktur in der übrigen Welt nicht mehr so einheitlich ist. Kräftige Impulse dürften von der Investitionstätigkeit der Industrie ausgehen, die auf Grund der Enge am Arbeitsmarkt ihre Bemühungen um Rationalisierung fortsetzen wird; insgesamt wird aber die Zunahme der Investitionen nicht mehr so stark sein wie 1960. Auch der private Verbrauch wird im Jahre 1961 zur Ausweitung der Nachfrage in erheblichem Maße beitragen.

Der im ganzen nicht mehr so starken Expansion der Gesamtnachfrage wird aller Voraussicht nach ein Angebot gegenüberstehen, dessen Zunahme unter der des Jahres 1960 bleibt, weil sich der Beschäftigungsanstieg weiter abflachen wird. Außerdem ist zu erwarten, daß der Produktivitätsfortschritt im Hinblick auf die bereits im laufenden Jahr weitgehend ausgenutzten Kapazitäten etwas geringer sein wird. Mit der Möglichkeit anhaltender Spannungen im Gesamtbild der Konjunktur muß daher weiter gerechnet werden.

B. Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen

Übersicht 11

Anzahl der laufenden Renten

in 1000

	Januar 1957	Juli 1957	Januar 1958	Juli 1958	Januar 1959	Juli 1959	Januar 1960 noch ohne Renten im Saarland	Januar 1960 mit Renten im Saarland	Juni 1960
Rentenversicherung der Arbeiter									
Versichertenrenten									
Berufsunfähigkeitsrenten . . .			19	60	114	158	199	202	228
Erwerbsunfähigkeitsrenten . .			937	931	930	918	888	900	884
Altersruhegelder, 65 Jahre . .			1 669	1 722	1 786	1 824	1 880	1 893	1 904
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose			1	4	7	9	12	12	14
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen			6	13	22	29	37	37	43
insgesamt . . .	2 593	2 591	2 632	2 730	2 859	2 938	3 016	3 044	3 073
Witwenrenten									
für Witwen unter 45 Jahren usw.			1	2	3	4	5	5	5
für die übrigen Witwen . . .			1 620	1 660	1 713	1 741	1 768	1 790	1 807
insgesamt . . .	1 573	1 588	1 621	1 662	1 716	1 745	1 773	1 795	1 812
Waisenrenten									
für Halbwaisen			645	590	559	515	471	477	439
für Vollwaisen			15	20	21	20	20	20	19
insgesamt . . .	739	695	660	610	580	535	491	497	458
Rentenversicherung der Angestellten									
Versichertenrenten									
Berufsunfähigkeitsrenten . . .			5	13	31	44	52	53	57
Erwerbsunfähigkeitsrenten . .			273	251	245	239	234	238	233
Altersruhegelder, 65 Jahre . .			532	574	610	629	650	655	664
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose			1	2	4	6	8	8	9
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen			1	4	9	13	17	17	20
insgesamt . . .	783	797	812	844	899	931	961	971	983
Witwenrenten									
für Witwen unter 45 Jahren usw.			1	1	2	2	2	2	2
für die übrigen Witwen . . .			578	597	620	637	652	659	668
insgesamt . . .	558	570	579	598	622	639	654	661	670
Waisenrenten									
für Halbwaisen			237	229	228	216	208	210	194
für Vollwaisen			5	7	8	8	8	8	8
insgesamt . . .	233	230	242	236	236	224	216	218	202

1. Anzahl der laufenden Renten

Die Entwicklung der Anzahl der laufenden Renten in den gesetzlichen Rentenversicherungen von Januar 1957 an ist in der Übersicht 11 dargestellt worden.

Im Jahre 1959 haben sich die Rentenanzahlen bei den einzelnen Rentenarten im allgemeinen in den gleichen Richtungen weiterentwickelt wie im Vorjahr.

In der ArV und der AnV sind die Bestände der neu eingeführten Rentenarten, nämlich der Berufsunfähigkeitsrenten und der vorgezogenen Altersruhegelder, immer noch steil angestiegen, zum Teil auf Kosten der Erwerbsunfähigkeitsrenten. Auch die Bestände an Altersruhegeldern und an Witwenrenten haben weiter zugenommen, die Bestände an Waisenrenten weiter abgenommen.

In der KnRV dagegen ist die Abnahme der Bestände an Versichertenrenten insgesamt und an Witwenrenten, die im Vorjahr durch die Abgabe einer größeren Anzahl von Renten an die ArV oder die AnV nach der neuen Zuständigkeitsregelung in § 102 RKG bedingt war, zum Stillstand gekommen und hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1959 sogar in eine Zunahme verkehrt.

noch Übersicht 11

	Januar 1957	Juli 1957	Januar 1958	Juli 1958	Januar 1959	Juli 1959	Januar 1960 noch ohne Renten im Saarland	Januar 1960 mit Renten im Saarland
Knappschaftliche Rentenversicherung								
Versichertenrenten								
Knappschaftsrenten alten Rechts	95	96	95	90	67	4	1	9
Bergmannsrenten, verminderte bergmännische Berufsfähigkeit			0	2	22	82	74	75
50 Jahre			1	3	9	12	25	25
Knappschaftsvollrenten alten Rechts	247	247	189	115	25	5	1	3
Knappschaftsrenten neuen Rechts, Berufsunfähigkeit			0	1	2	3	8	8
Erwerbsunfähigkeit			7	28	61	75	80	92
Knappschaftsruhegelder 65 Jahre			41	78	124	127	131	145
60 Jahre, Aufgabe der Beschäftigung im knappschaftlichen Betrieb			0	2	4	5	12	12
60 Jahre, an Arbeitslose			0	0	0	0	0	0
60 Jahre, an Frauen			0	0	0	0	0	0
Knappschaftssolde	32	32	32	29	23	20	10	14
insgesamt	374	375	365	348	337	333	342	383
Witwenrenten								
Witwenrenten alten Rechts	15	13	12	11	4	1	0	0
einfache Witwenrenten neuen Rechts			0	0	1	1	2	2
Witwenvollrenten alten Rechts	215	217	210	151	33	4	1	6
erhöhte Witwenrenten neuen Rechts			3	59	176	206	217	235
insgesamt	230	230	225	221	214	212	220	243
Waisenrenten								
Waisenrenten alten Rechts	65	61	57	46	20	3	1	2
Waisenrenten neuen Rechts an Halbwaisen			0	6	25	39	39	42
Waisenrenten neuen Rechts an Vollwaisen			0	0	1	1	1	2
insgesamt	65	61	57	52	46	43	41	46

Übersicht 12

Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten
in DM/Monat

	Januar 1957	Juli 1957	Januar 1958	Juli 1958	Januar 1959	Juli 1959	Januar 1960	Juni 1960
Rentenversicherung der Arbeiter								
Versichertenrenten								
Berufsunfähigkeitsrenten			111,00	105,50	104,30	106,70	106,40	110,60
Erwerbsunfähigkeitsrenten			117,00	118,10	119,40	126,40	128,30	135,50
Altersruhegelder, 65 Jahre			159,40	160,20	160,20	168,80	168,20	177,20
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose			158,00	170,30	176,60	186,40	190,30	201,40
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen			120,30	122,10	124,40	129,00	129,60	134,60
insgesamt	90,40	143,20	144,00	144,50	144,50	151,90	152,00	159,80
Witwenrenten	56,00	95,40	100,30	102,90	103,50	109,80	110,30	116,70
Waisenrenten								
für Halbwaisen			50,10	50,20	50,30	53,20	53,70	56,70
für Vollwaisen			71,70	72,00	70,90	74,90	75,60	79,90
insgesamt	31,80	50,10	50,60	50,90	51,00	54,00	54,50	57,70
Rentenversicherung der Angestellten								
Versichertenrenten								
Berufsunfähigkeitsrenten			157,40	149,30	144,10	147,30	144,00	148,20
Erwerbsunfähigkeitsrenten			170,40	171,70	172,60	182,30	184,30	194,30
Altersruhegelder, 65 Jahre			259,20	258,30	259,60	273,50	273,90	289,40
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose			244,20	253,90	258,30	268,60	274,90	291,00
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen			204,50	216,20	235,30	247,90	249,10	260,60
insgesamt	137,90	226,40	228,60	230,60	231,60	243,80	244,50	258,10
Witwenrenten	74,20	138,00	142,40	145,80	147,60	156,10	157,00	166,40
Waisenrenten								
für Halbwaisen			54,30	54,50	54,90	58,10	58,70	61,80
für Vollwaisen			73,80	73,50	73,60	77,70	77,70	82,40
insgesamt	38,60	53,70	54,60	55,10	55,50	58,80	59,40	62,60

2. Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten

Die Entwicklung der Durchschnittsrenten in der ArV, der AnV und der KnRV ist in der Übersicht 12 für dieselben Monate wiedergegeben wie die Entwicklung der Anzahl der laufenden Renten in der Übersicht 11.

Der Zuwachs der Durchschnittsrenten zwischen Januar 1959 und Juli 1959 zeigt die Rentenerhöhung nach dem Ersten Rentenanpassungsgesetz an. Bei der KnRV spiegelt sich in diesem Zuwachs außerdem die zum Abschluß kommende Umstellung der laufenden Renten vom alten Recht auf das neue Recht wider; die Umstellung war zwar im wesentlichen bis Ende 1958 vollendet, in der Rentenstatistik des Jahres 1959 erschienen aber diejenigen umgestellten Renten, die bis Ende 1958 noch nicht zur laufenden Zahlung angewiesen werden konnten, noch als Renten alten Rechts (vgl. die Übersicht 11).

Für die ArV und die AnV läßt sich aus der Übersicht 12 an dem Zuwachs der Durchschnittsrenten zwischen Januar 1960 und Juni 1960 auch schon die Rentenerhöhung nach dem Zweiten Rentenanpassungsgesetz ablesen.

noch Übersicht 12

	Januar 1957	Juli 1957	Januar 1958	Juli 1958	Januar 1959	Juli 1959	Januar 1960
Knappschaftliche Rentenversicherung*)							
Versichertenrenten							
Knappschaftsrenten alten Rechts	160,30	161,50	161,10	159,70	162,40	150,50	131,20
Bergmannsrenten							
verminderte bergmännische Berufsfähigkeit					141,10	157,70	150,70
50 Jahre					175,80	180,40	179,60
Knappschaftsvollrenten alten Rechts	197,00	197,10	193,60	193,60	182,90	144,10	141,50
Knappschaftsrenten neuen Rechts							
Berufsunfähigkeit					284,40	286,50	293,50
Erwerbsunfähigkeit					319,50	333,10	334,50
Knappschaftsruhegelder							
65 Jahre					368,10	387,80	387,20
60 Jahre, Aufgabe der Beschäftigung im knappschaftlichen Betrieb					464,10	474,30	475,60
60 Jahre, an Arbeitslose					318,50	321,00	335,70
60 Jahre, an Frauen					287,30	270,90	278,50
Knappschaftssolde	58,90	59,40	59,40	59,30	59,20	59,20	57,40
insgesamt mit Knappschaftssolden	176,00	176,40	197,20	225,60	264,20	285,80	298,70
insgesamt ohne Knappschaftssolde	186,80	187,10	210,20	240,60	279,00	300,50	305,60
Witwenrenten							
Witwenrenten alten Rechts	61,50	61,40	61,50	61,00	60,10	59,70	59,00
Witwenvollrenten alten Rechts	107,60	107,40	107,10	104,10	93,90	83,00	80,40
Witwenrenten neuen Rechts					191,10	199,10	199,50
insgesamt	104,70	104,90	105,80	128,30	173,40	196,40	199,00
Waisenrenten							
Waisenrenten alten Rechts	38,40	38,10	38,10	38,00	37,70	36,60	37,00
Waisenrenten neuen Rechts an Halbwaisen					60,40	62,80	62,80
Waisenrenten neuen Rechts an Vollwaisen					81,80	85,40	87,40
insgesamt	38,40	38,10	38,30	40,90	51,00	61,50	63,10

*) Gesamtrenten, d. h. Summen aus dem Rentenanteil aus der KnRV und den zu Lasten der ArV und der AnV mitausgezahlten Rentenanteilen aus diesen Versicherungen

3. Anzahl der Rentenanträge

Im Jahre 1959 ist die Anzahl der unerledigten Rentenanträge in der ArV und der AnV weiter zurückgegangen (vgl. Übersicht 13). Auch in der KnRV hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 die Abnahme des Antragsbestandes durchgesetzt.

Übersicht 13

Anzahl der Rentenanträge

in 1000

	Rentenversicherung der Arbeiter			Rentenversicherung der Angestellten			Knappschaftliche Rentenversicherung		
	Unerledigte Anträge zu Beginn	Eingegangene Anträge	Erledigte Anträge	Unerledigte Anträge zu Beginn	Eingegangene Anträge	Erledigte Anträge	Unerledigte Anträge zu Beginn	Eingegangene Anträge	Erledigte Anträge
1955 1. Vierteljahr	133	122	110	85	53	49	28	24	20
2. Vierteljahr	145	126	122	89	53	53	32	23	20
3. Vierteljahr	149	128	130	89	53	65	35	25	26
4. Vierteljahr	147	300	158	77	51	65	34	29	24
1956 1. Vierteljahr	289	252	246	63	55	43	39	38	30
2. Vierteljahr	295	185	242	75	56	51	47	34	34
3. Vierteljahr	238	163	204	80	53	57	47	28	36
4. Vierteljahr	197	127	156	76	53	55	39	25	27
1957 1. Vierteljahr	168	147	97	74	69	34	37	29	25
2. Vierteljahr	218	193	101	109	73	59	41	25	16
3. Vierteljahr	310	206	141	123	77	50	50	43	13
4. Vierteljahr	375	202	184	150	69	59	80	33	14
1958 1. Vierteljahr	393	219	206	160	75	64	99	30	20
2. Vierteljahr	406	187	243	171	62	87	109	24	21
3. Vierteljahr	350	181	233	146	55	82	112	24	23
4. Vierteljahr	298	192	241	119	73*)	80	113	24	21
1959 1. Vierteljahr	249	200	206	112	59	71	116	23	15
2. Vierteljahr	243	184	209	100	56	67	124	26	52
3. Vierteljahr	218	176	203	89	55	62	98	26	50
4. Vierteljahr	191	178	187	82	50	59	74	30	49
1960 1. Vierteljahr									
ohne Saarland	182			73			55		
mit Saarland	185	201	191	75	56	51	61	36	33
2. Vierteljahr	195			80			64		

*) einschließlich 17 Tausend vorschußweise gewährter Renten, die bisher zu den erledigten Anträgen gezählt wurden, fortan aber zu den unerledigten Anträgen gezählt werden

Übersicht 14

Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1959
in Millionen DM

	Rentenversicherung der Arbeiter			Rentenversicherung der Angestellten			Knappschaftliche Rentenversicherung*)	
		Vorausschätzung im Sozialbericht			Vorausschätzung im Sozialbericht			Vorausschätzung im Sozialbericht
		1959	1958		1959	1958		1959
Einnahmen								
Beiträge	7 803	7 700	7 535	4 043	3 900	3 694	935	960
Bundeszuschüsse								
allgemeine	3 066	3 066	3 070	767	767	768	1 000	964
zu den Sonderzuschüssen	208	208	208	69	69	69		
zur Bekämpfung der Tbc	16	16		3	4		1	1
aus den Rentenabrechnungen über frühere Jahre	68	43		20	20			
Abschlagszahlungen auf die Erstattungen nach § 72 G 131	1			39	39			
Erstattungen in der Wanderversicherung								
von der ArV				480	480	499	262	265
von der AnV	48	48	50				60	65
von der KnRV	24	20	25					
Zinsen	450	411	411	218	191	180	22	26
Einnahmen insgesamt	11 684	11 512	11 299	5 639	5 470	5 210	2 280	2 281
Ausgaben								
Renten ohne Vertragsrenten	8 667	8 625	8 651	4 472	4 445	4 465	2 021	2 030
Vertragsrenten	32	33	22	12	14	10		
Erstattungen in der Wanderversicherung								
an die ArV				48	48	50	24	20
an die AnV	480	480	499					
an die KnRV	262	265	275	60	65	52		
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und zusätzliche Leistungen	569	525	489	154	160	166	35	40
Krankenversicherung der Rentner	859	860	790	309	280	252	126	115
Beitragserstattungen	43	25	21	39	27	27	1	1
Verwaltung, Beitragsverfahren, Leistungsverfahren	242	240	239	98	100	99	37	38
Ausgaben insgesamt	11 154	11 053	10 986	5 192	5 139	5 121	2 244	2 244
Unterschiedsbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben	530	459	313	447	331	89	36	37

*) mit Berücksichtigung der zu Lasten der ArV und der AnV mitausgezahlten Rententeile aus diesen Versicherungen

4. Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmen und Ausgaben in der ArV, der AnV und der KnRV im Jahre 1959 sind in der Übersicht 14 zusammengestellt worden. Zum Vergleich sind auch die Vorausschätzungsergebnisse für 1959 aus den Sozialberichten der Vorjahre mitangegeben worden.

Für die Einnahme- und die Ausgaberechnung in der ArV und der AnV sind die Ergebnisse eines vorläufigen Bücherabschlusses der Versicherungsträger für 1959 herangezogen worden. Der endgültige Bücherabschluß für 1959 kann erst erfolgen, wenn die Abrechnung zwischen den Versicherungsträgern, der Bundespost und dem Bund nach § 1391 RVO und § 117 AVG fertiggestellt sein wird. Die Ergebnisse des vorläufigen Bücherabschlusses dürften von denen des endgültigen Bücherabschlusses nicht wesentlich abweichen, abgesehen von den Ergebnissen in dem Hauptausgabeposten, der von der „Abrechnung" betroffen wird, nämlich bei den Rentenausgaben. Hier wurde statt auf die Ergebnisse des vorläufigen Bücherabschlusses auf die Monatsmeldungen der Rentenrechnungsstellen der Bundespost über Anzahl und Betrag der von der Bundespost ausgezahlten Renten und auf die Meldungen der deutschen Verbindungsstellen, die für die Durchführung der mit fremden Staaten abgeschlossenen Sozialversicherungsabkommen eingerichtet sind, zurückgegriffen. Nun gibt es aber außer den durch die Bundespost ausgezahlten Renten und den Sozialversicherungsabkommensrenten noch Renten, die von den Versicherungsträgern unmittelbar, ohne Inanspruchnahme des üblichen Postzahlverfahrens, ausgezahlt, und Renten, die von den Versicherungsträgern aus irgendeinem Grunde rückvereinnahmt werden. Im Jahre 1959 ist es noch ein Träger der ArV gewesen, der in größerem Umfang Renten ohne Inanspruchnahme des Postzahlverfahrens unmittelbar ausgezahlt hat; diese Zahlungen sind bei der Aufstellung der Übersicht 14 sogleich den Postzahlungen zugesetzt worden. Die übrigen Unmittelbarzahlungen gleichen sich nach den Erfahrungen aus früheren Abrechnungsjahren ungefähr mit den rückvereinnahmten Rentenbeträgen aus. Immerhin könnten sich hier bei der endgültigen Jahresabrechnung 1959 kleinere Abweichungen von den in der Übersicht 14 angegebenen Beträgen ergeben.

Die Zusammenstellung in Übersicht 14 zeigt, daß die Einnahme- und Ausgaberechnung der ArV, besonders aber die der AnV, für das Jahr 1959 mit einem günstigeren Endergebnis abschließt als die Vorausschätzungen für 1959 in den Sozialberichten 1959 und 1958. Der Hauptgrund dafür ist, daß die Beitragseinnahmen wesentlich höher als vorausgeschätzt ausgefallen sind.

In der KnRV dagegen sind im Jahre 1959 weniger Beiträge eingekommen, als im Sozialbericht 1959 vorausgeschätzt worden war. Die Versichertenzahl ist nämlich im Jahre 1959 stärker als vorausgeschätzt zurückgegangen, von 676 000 zu Anfang des Jahres auf 619 000 zu Ende des Jahres, also um fast 8,4 v. H. des Anfangsbestandes.

5. Vermögen

Das Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherungen belief sich Ende 1959

in der ArV auf	8 582	Millionen DM,
in der AnV auf	4 115	Millionen DM,
in der KnRV auf	594	Millionen DM.

Es liegt

in der ArV um	90	Millionen DM,
in der AnV um	433	Millionen DM

höher als der im Sozialbericht 1958 vorausgeschätzte Wert (Tabellen 4 und 5 im Anhang zum Sozialbericht 1958).

6. Ausblick auf die künftige finanzielle Entwicklung

E wird Sache der ersten nach § 1383 Abs. 2 RVO, § 110 Abs. 2 AVG und § 129 Abs. 1 RKG aufzustellenden versicherungstechnischen Bilanzen sein, die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen mittels sorgfältig abgewogener versicherungsmathematischer Verfahren so gut vorauszuberechnen, wie es bei dem derzeitigen Stand der Erfassung der Versicherten und der Rentner nur immer möglich ist.

Im Sozialbericht 1958 war eine Vorausschätzung bis zum Ende des ersten Deckungsabschnitts versucht worden, die sich auf einige wenige, stark vereinfachende Grundannahmen stützte. Bis zum Vorliegen der versicherungstechnischen Bilanzen muß man noch von den Ergebnissen dieser Vorausschätzung ausgehen. Man kann aber die Berichtigungen anbringen, die durch die Erfahrungen aus den Rechnungsabschlüssen bis 1959, insbesondere durch die wesentliche Erhöhung der Beitragseinnahmen, nahegelegt werden und die einfach genug sind, um sich in das damals angewandte rohe Abschätzungsverfahren einpassen zu lassen.

Diese Berichtigungen bestehen im wesentlichen darin, daß man je Einnahme- ued Ausgabeposten von dem Wert aus den Rechnungsergebnissen 1959 ausgeht und die Werte ab 1960 proportional zu den Werten aus den Vorausschätzungen im Sozialbericht 1958 ansetzt.

Bei den Rentenausgaben ist außerdem zu berücksichtigen, daß sich die allgemeine Bemessungsgrundlage ab 1960 auf Grund der inzwischen bekanntgewordenen tatsächlichen Änderungen der Durchschnittsarbeitsentgelte von 1956 auf 1957, von 1957 auf 1958 und von 1958 auf 1959 etwas anders entwickeln wird, als im Sozialbericht 1958 vorausgeschätzt wurde. Ferner müssen noch die Mehraufwendungen nach dem Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz vom 25. Februar 1960 und nach der Verordnung über die Feststellung von Leistungen aus den gesetzlichen Rentenversicherungen bei verlorenen, zerstörten, unbrauchbar gewordenen oder nicht erreichbaren Versicherungsunterlagen vom 3. März 1960 in die Vorausschätzungen einbezogen werden, was in der Weise geschehen

kann, daß von dem Jahresbetrag der Mehraufwendungen, der in den Begründungen zum Gesetz und zur Verordnung genannt ist, im Jahre 1960 die Hälfte, im Jahre 1961 das Doppelte, im Jahre 1962 das Eineinhalbfache und von 1963 an das Einfache angesetzt wird.

Die Zinseinnahmen sind natürlich nicht durch Proportionalsetzen zu den Werten aus der Vorausschätzung im Sozialbericht 1958 zu erhalten. Sie ergeben sich vielmehr neu als Funktion des Vermögensbestandes von Ende 1959, der Entwicklung der jährlichen Einnahmen (ohne die Zinseinnahmen) und der Entwicklung der jährlichen Ausgaben.

Zu dem Vermögen am Ende des Jahres 1959 sind die noch nicht erfüllten Erstattungsansprüche der Versicherungsträger nach § 90 BVG für die Zeit bis zum 31. Dezember 1956 zuzüglich der inzwischen aufgelaufenen Zinsen in einer Gesamthöhe von 2100 Millionen DM hinzuzuschlagen; die Vereinbarungen über die Abdeckung dieser Ansprüche zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Rentenversicherungsträgern werden demnächst abgeschlossen werden.

Das Endergebnis der Vorausschätzungen im Sozialbericht 1958 ändert sich dann wie folgt:

Wenn die laufenden Renten alljährlich am Jahresbeginn der allgemeinen Bemessungsgrundlage des Vorjahres angepaßt werden, verbleibt am Ende des ersten Deckungsabschnitts, also am 31. Dezember 1966, ein Vermögen

in der ArV von	7,1	Milliarden DM
(Sozialbericht 1958:	6,2	Milliarden DM),
in der AnV von	3,9	Milliarden DM
(Sozialbericht 1958:	0,1	Milliarden DM).

Das sind

in der ArV um	5,0	Milliarden DM
(Sozialbericht: 1958:	5,4	Milliarden DM),
in der AnV um	2,5	Milliarden DM
(Sozialbericht 1958:	6,1	Milliarden DM)

weniger als das Rücklagesoll, das sich

in der ArV auf	12,1	Milliarden DM
(Sozialbericht: 1958:	11,6	Milliarden DM),
in der AnV auf	6,4	Milliarden DM
(Sozialbericht 1958:	6,2	Milliarden DM)

beläuft.

Danach kann die Aussage im Sozialbericht 1958 dahin verbessert werden, daß nun auch in der AnV ohne eine ins Gewicht fallende Unterschreitung des Rücklagesolls außer den bereits vom 1. Januar 1959 und vom 1. Januar 1960 an durchgeführten Rentenanpassungen noch zwei weitere Rentenanpassungen ab 1. Januar 1961 und ab 1. Januar 1962 erfolgen können.

C. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherungen unter dem Gesichtspunkt einer Anpassung der laufenden Renten

— Vorschlag für die Gesetzgebung —

Die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Berechnung von Renten in den gesetzlichen Rentenversicherungen aus Versicherungsfällen des Jahres 1960 ist mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung der Bundesregierung vom 30. November 1959 (BGBl. I S. 699) um 5,4 v. H. gegenüber dem Stand des Jahres 1959 erhöht worden. Diese Veränderung ergab sich, weil das für die allgemeine Bemessungsgrundlage 1960 maßgebende Mittel der durchschnittlichen Brutto-Jahresarbeitsentgelte der Versicherten in den Jahren 1956, 1957 und 1958 um den genannten Vomhundertsatz über dem Mittel der Jahre 1955, 1956 und 1957, das für die allgemeine Bemessungsgrundlage 1959 bestimmend war, gelegen hat.

Nach den Vorschriften der Rentenversicherungsgesetze (§ 1272 RVO, § 49 AVG und § 71 RKG) ist bei einer Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage durch Gesetz zu regeln, ob und wieweit die bereits laufenden Renten — das sind Renten aus Versicherungsfällen des Jahres 1959 oder früherer Jahre — anzupassen sind. Die Anpassung hat der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung zu tragen. Es ist zu entscheiden, ob eine Erhöhung der laufenden Renten im Ausmaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage — d. h. um 5,4 v. H. — nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten und nach der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen vertretbar ist.

Eine längerfristige und umfassende Beurteilung der finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherungen werden erst die nach § 1383 RVO, § 110 AVG und § 129 RKG aufzustellenden versicherungstechnischen Bilanzen ermöglichen. Bis dahin können die im Sozialbericht 1958 bis zum Ende des ersten Deckungsabschnitts — dem 31. Dezember 1966 — dargelegten Vorausschätzungen über die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens der gesetzlichen Rentenversicherungen, die sich auf eine Reihe von Grundannahmen stützen, auch weiterhin als Basis für eine Urteilsbildung dienen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Gesetzeslage und unter Einschluß der bisher angefallenen Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Rentenversicherungen in den vergangenen Jahren in die Vorausschätzungen kann die finanzielle Lage der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten im Ergebnis allerdings günstiger beurteilt werden als dies im Sozialbericht 1958 und dem Bericht des Vorjahres geschehen ist.

Die im Teil B dieses Berichtes erläuterte finanzielle Entwicklung bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen und die sich darauf stützende Berichtigung der Vorausschätzungen trägt einer Reihe bedeutsamer Einnahme- und Ausgabeposten Rechnung, deren Größenordnung und Wirksamwerden in den beiden voraufgegangenen Berichten nur unvollkommen berücksichtigt werden konnten. Es handelt sich dabei um die Mehrausgaben, die durch die Neuregelung des Fremdrenten- und Auslandsrentenrechts und das Inkrafttreten der Verordnung über die Feststellung von Leistungen bei verlorenen, zerstörten, unbrauchbar gewordenen oder nicht erreichbaren Versicherungsunterlagen entstanden sind bzw. entstehen werden. Auf der Einnahmeseite der Rechnung reflektiert das erhöhte Beitragsaufkommen die erheblich über dem Ansatz des Jahres 1958 liegende Zunahme der Versichertenentgelte infolge der hohen Beschäftigung und der vermehrten Lohnsumme. Der positive Saldo aller Posten der laufenden Rechnung wird zusammen mit der kurz vor dem Abschluß stehenden Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Rentenversicherungsträgern über die Abdeckung der Erstattungen nach § 90 BVG die Entwicklung des Vermögens der gesetzlichen Rentenversicherungen nicht unwesentlich verbessern. Wenn auch die Finanzlage der Rentenversicherungen auf der Grundlage der neueren Zahlenergebnisse es nach wie vor gebietet, Entscheidungen über eine Anpassung der laufenden Renten mit Vorsicht zu treffen, weil ohne Unterschreitung der in den Rentengesetzen vorgesehenen Rücklage nur noch zwei weitere Anpassungen möglich erscheinen, so ist die Bundesregierung doch zu der Auffassung gelangt, daß eine Anpassung der laufenden Renten an die allgemeine Bemessungsgrundlage für 1960 durch Erhöhung um 5,4 v. H. mit Wirkung vom 1. Januar 1961 an mit dem in den Rentenversicherungsgesetzen vorgesehenen Finanzierungsverfahren, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkung einer erneuten Rentenanpassung auf die Rentenausgaben bis zum Ende des ersten Deckungsabschnitts und die Höhe der zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Rücklage, im Einklang steht.

Die im Teil A dieses Berichtes dargestellte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland trägt deutliche Kennzeichen einer Hochkonjunktur mit Spannungserscheinungen im Verhältnis zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage, die im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders ausgeprägt sind. Wie im Abschnitt II des Teils A dieses Berichtes erläutert, kann allerdings angesichts der sich anbahnenden Tendenzen der wirtschaftlichen Weiterentwicklung — nicht zuletzt auch im Hinblick auf die beginnnde Differenzierung der Konjunktur in der übrigen Welt — damit gerechnet werden, daß die Spannungen bei weiterhin hoher wirtschaftlicher Aktivität im kommenden Jahr geringer werden.

Für die Beurteilung der Frage, ob zwischen einer Anpassung der laufenden Renten an die Erhöhung der allgemeinen Bemessungsgrundlage und den Zielen der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne — in erster Linie einer Sicherung des Geldwertes — ein Einklang besteht, ist neben der voraussichtlichen konjunkturellen Situation im Zeitpunkt der Rentenerhöhungen vor allem Höhe und Art der Verwendung der zusätzlichen Rentenbeträge von Bedeutung. Eine Anpassung der laufenden Renten um 5,4 v. H. ab 1. Januar 1961 würde einen Jahresbetrag von 770 Millionen DM erfordern. Aus zahlungstechnischen Gründen, die vor allem durch das Anpassungsverfahren bedingt sind, käme die erste volle Monatsrate der Anpassung Ende März für April 1961 zur Auszahlung; für die ersten drei Monate eines Jahres sind anläßlich der beiden voraufgegangenen Rentenanpassungen jeweils Mitte März Einmalzahlungen geleistet worden.

Auf Grund der durch die Konjunkturpolitik veränderten Bedingungen ist die Erwartung gerechtfertigt, daß eine Anpassung der laufenden Renten in dem bezeichneten Ausmaß nicht zu einer Ausweitung der Konsumgüternachfrage führen wird, deren Befriedigung unter der Zielsetzung, den Geldwert zu erhalten, unzumutbare Anforderungen an das Verhalten der übrigen Verwender verfügbarer Einkommen stellen oder außerhalb der den Wirtschaftsablauf beeinflussenden Möglichkeiten der Bundesregierung und der weiteren wirtschaftspolitischen Instanzen liegen würde, insbesondere — und soweit zur Realisierung der sozialpolitischen Zielsetzung erforderlich — bei verstärkten Bemühungen, durch eine gezielte Beschränkung der Nachfrage und eine im Rahmen des Möglichen liegende Vergrößerung des Inlandsangebotes das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu wahren. Diese Erwartung berücksichtigt nicht nur das Größenverhältnis zwischen der aus einer Rentenanpassung in Höhe von 770 Millionen DM im kommenden Jahr erwachsenden zusätzlichen Konsumgüternachfrage — die erfahrungsgemäß nicht unbeträchtlich geringer ist als der gesamte Anpassungsaufwand — und dem im Jahre 1961 zu erwartenden Zuwachs des Angebotes, sondern auch die zeitliche Verteilung der Rentenbeträge auf das Jahr, die eine Massierung der zusätzlichen Nachfrage ausschließt.

Nach eingehender, alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Umstände sorgfältig abwägender Beratung ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß eine über das Maß von 5,4 v. H. hinausgehende, insbesondere eine rückwirkende für das Jahr 1960 geltende Anpassung der laufenden Renten hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen und auf das gesamtwirtschaftliche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nicht verantwortet werden kann. Diese Auffassung stimmt im Ergebnis mit der Stellungnahme des Sozialbeirats überein.

Die Bundesregierung schlägt den gesetzgebenden Körperschaften vor,

in der Rentenversicherung der Arbeiter, der Rentenversicherung der Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung die am 1. Januar 1961 laufenden Renten, bei denen der Versicherungsfall im Jahre 1959 oder früher eingetreten ist — unter Beachtung der in den Rentenversicherungsgesetzen enthaltenen Ausnahmeregelungen — für die Bezugszeit ab 1. Januar 1961 der allgemeinen Bemessungsgrundlage für 1960 anzupassen und damit um 5,4 v. H. zu erhöhen.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde Mehrausgaben von 770 Millionen DM jährlich verursachen, von denen rund 100 Millionen DM auf die knappschaftliche Rentenversicherung entfallen; diese 100 Millionen DM werden als Folge der Regelung in § 128 RKG und der Tatsache, daß die Beitragseinnahmen der knappschaftlichen Rentenversicherung rückläufig sind, vom Bund zusätzlich gedeckt werden müssen.

Das nach den Vorschriften der Rentenversicherungsgesetze einzuholende Gutachten des Sozialbeirats ist als Anlage zu diesem Bericht beigefügt.

Gutachten des Sozialbeirats über die Rentenanpassung gemäß § 1273 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes

Die allgemeinen Bemessungsgrundlagen für die Berechnung der Zugangsrenten der gesetzlichen Rentenversicherungen sind durch Verordnung der Bundesregierung vom 30. November 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 699) für das Kalenderjahr 1960 um 5,4 v. H. gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Der Sozialbeirat hat sich gutachtlich dazu zu äußern, ob und inwieweit die Bestandsrenten dieser Veränderung angepaßt werden sollen.

Der Beirat hat sich mit dieser Frage in einer Reihe von Sitzungen während der Monate Mai bis Juli und September 1960 eingehend befaßt. Nach Lage der Dinge erforderten die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik und die Finanzen der Rentenversicherungen eine besonders intensive Erörterung. Es war dabei zu berücksichtigen, daß sich eine etwaige Rentenanpassung erst vom Beginn des Jahres 1961 an auswirken kann. Deshalb waren also nicht nur die gegenwärtigen Bedingungen zu prüfen, sondern auch die Entwicklungstendenzen, soweit sie bereits jetzt zu überblicken sind.

In der Analyse der Lage stimmten die Beiratsmitglieder ebenso wie im Vorjahre wieder weitgehend überein. Bei den Schlußfolgerungen ergaben sich jedoch Meinungsunterschiede. Eine Mehrheit — nämlich 6 von 9 anwesenden Mitgliedern — einigte sich auf folgende Stellungnahme:

> „Der Beirat steht unter dem Eindruck, daß in der gegenwärtigen und, soweit sich bis jetzt überblicken läßt, auch für Beginn des Jahres 1961 zu erwartenden Konjunkturlage eine Anpassung der Bestandsrenten konjunkturpolitisch bedenklich wäre. Er ist jedoch der Ansicht, daß es nur dann vertretbar wäre, aus konjunkturpolitischen Gründen auf eine Anpassung zu verzichten, oder sie auf weniger als 5,4 v. H. zu beschränken, wenn expansive Tendenzen auch auf allen übrigen Gebieten mit gleicher Härte bekämpft werden. Geschieht das nicht oder nur unzureichend, sollte auch den Rentenbeziehern eine entsprechende Anpassung nicht vorenthalten werden."

Demgegenüber vertrat die Minderheit den Standpunkt, daß sich der Beirat in diesem Jahre auf eine Analyse der voraussichtlichen Auswirkungen einer Rentenanpassung beschränken sollte, ohne der Regierung bzw. den gesetzgebenden Körperschaften konkrete Empfehlungen zu geben. Die Rentenanpassung sei diesmal mehr denn je eine rein politische Entscheidung, die ein Sachverständigengremium wie der Sozialbeirat voll den zuständigen Instanzen überlassen sollte. Zur Begründung wurde auf die konjunkturpolitischen Bedenken gegen eine Rentenanpassung verwiesen. Weiterhin wurde vorgebracht, daß die finanziellen Aussichten der Versicherungsträger nach wie vor ungeklärt seien, insbesondere da die versicherungstechnischen Bilanzen noch nicht vorliegen.

Die Mehrheit stimmt zwar in der Analyse der Konjunkturlage und der Finanzverhältnisse der Versicherungsträger grundsätzlich mit der Minderheit überein, hält aber trotzdem an ihrem Votum fest, weil sie die Aufgabe des Sozialbeirats nicht nur darin sieht, die gegebenen Tatsachen zu analysieren, sondern auch abzuwägen, welche Bedeutung den Faktoren zukommt, die bei einer Rentenanpassung innerhalb der Gesamtlage zu berücksichtigen sind. Das sind nach § 1273 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes insbesondere die „Finanzlage der Rentenversicherungen . . . , die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen."

I.

Sozialpolitische Gesichtspunkte

1. Seit dem Inkrafttreten der Rentenreform besteht zwischen Bestands- und Neurenten eine gewisse „Schere". Neurenten werden kraft Gesetzes auf der Basis der für das laufende Jahr geltenden „allgemeinen Bemessungsgrundlagen" festgesetzt, die seit 1957 alljährlich gestiegen sind. Über eine Anpassung der Bestandsrenten hat der Gesetzgeber jährlich zu entscheiden. Das ist bisher in der Weise geschehen, daß die Anpassung zwar in Relation zu den Bemessungsgrundlagen, aber mit einjähriger Verzögerung erfolgt ist. Der Verzögerungseffekt würde weiterbestehen, wenn eine Anpassung um 5,4 v. H. erst mit Wirkung vom 1. Januar 1961 vorgenommen würde.

   Der Beirat hat auch in diesem Jahre erwogen, ob der aus einer solchen einjährigen Verzögerung resultierende Abstand zwischen Bestands- und Neurenten nicht ungeachtet aller entgegenstehenden Bedenken zumindest verringert werden solle. Eine Minderheit des Beirats hält die dafür sprechenden sozialpolitischen Gründe für so bedeutsam, daß sie eine Anpassung um mehr als 5,4 v. H. vorgeschlagen hat. Eine nachholende

Anpassung wäre auch mit der Entwicklung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und der Produktivität im Jahre 1960 zu begründen. Die dem Beirat vorliegenden Schätzungen aus den Bundesressorts deuten darauf hin, daß der Zuwachs des nominalen Volkseinkommens je Erwerbstätigen im Jahre 1960 beträchtlich über 5,4 v. H. hinausgehen wird und daß auch die Steigerung der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen real) eher darüber liegen wird. Daraus kann geschlossen werden, daß in diesem Jahr auch das Durchschnittseinkommen der Versicherten um mehr als 5,4 v. H. steigen wird.

Die Beiratsmehrheit konnte sich auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren dem Vorschlag, um mehr als 5,4 v. H. anzupassen, nicht anschließen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die übrigen Faktoren, die bei der Anpassung berücksichtigt werden müssen — insbesondere die konjunkturelle Lage und die Finanzen der Rentenversicherungen — eine Anpassung um mehr als 5,4 v. H. nicht zulassen; steht doch angesichts dieser Faktoren die Vertretbarkeit einer Anpassung überhaupt zur Diskussion.

Grundsätzlich ist eine auf Preisstabilität gerichtete Konjunkturpolitik für die Rentner besonders wichtig, da sie von Preissteigerungen noch stärker betroffen werden als andere Bevölkerungskreise mit höheren und beweglicheren Einkommen. Durch eine nachholende Anpassung könnten überdies die noch vorhandenen, aber voraussichtlich eng begrenzten Möglichkeiten für künftige Anpassungen vorzeitig ausgeschöpft werden. Um so früher müßte dann der Gesetzgeber Maßnahmen nach § 1383 der Reichsversicherungsordnung, § 110 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 128 des Reichsknappschaftsgesetzes ergreifen (Änderung der Steigerungssätze oder der allgemeinen Bemessungsgrundlagen oder des Beitragssatzes).

2. Während in den Vorjahren die allgemeinen Bemessungsgrundlagen stärker gestiegen waren als das Durchschnittseinkommen der Versicherten, ist die Lage in diesem Jahre umgekehrt. Derartige Abweichungen sind jedoch nach dem Gesetz unvermeidlich, weil sich die allgemeinen Bemessungsgrundlagen nicht nach den Arbeitsentgelten der Versicherten im jeweils abgelaufenen Jahre, sondern nach dem Durchschnitt der drei davor liegenden Jahre richten (§ 1255 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, § 32 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 54 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes).

II.

Finanzielle Gesichtspunkte

3. Die ersten versicherungstechnischen Bilanzen im Sinne des § 1383 der Reichsversicherungsordnung, des § 110 des Angestelltenversicherungsgesetzes und des § 129 des Reichsknappschaftsgesetzes liegen auch jetzt noch nicht vor. Der Sozialbeirat hat bereits in seinem letzten Gutachten vorsorglich seine Bedenken angemeldet, „ob er im nächsten Jahr" (also jetzt) „ohne Vorliegen der versicherungstechnischen Bilanzen die ihm im Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen kann." Diese Bedenken müssen verstärkt vorgebracht werden. Für die Beurteilung der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherungen über einen längeren Zeitraum hinweg liegen auch heute noch keine verläßlichen Angaben vor. Es wird zwar deutlich, daß sich die Finanzlage der Rentenversicherungen trotz erhöhter Ausgaben infolge der stark gestiegenen Einkommen der Versicherten und der damit verbundenen Beitragsmehreinnahmen günstiger entwickelt hat, als noch im Vorjahre vorauszusehen war. Gleichwohl würden nach den vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten neuen Unterlagen innerhalb des laufenden Deckungsabschnitts (also bis Ende 1966) einschließlich der jetzt zur Erörterung stehenden insgesamt nur noch zwei Anpassungen möglich sein, ohne daß die gesetzlich vorgeschriebene „Rücklage" unterschritten würde. Sobald die versicherungstechnischen Bilanzen vorliegen, wird sich der Beirat eingehender zu diesem Fragenbereich äußern können, wobei auch zu prüfen sein wird, ob, wie bisher angenommen, das gesamte Vermögen der Versicherungsträger als Rücklage im Sinne des Gesetzes angesehen werden kann.

4. Unter diesen Umständen stand der Beirat ebenso wie im Vorjahre wieder vor der Frage, ob eine Anpassung mit einer soliden Finanzgebarung der Rentenversicherungen vereinbar wäre. Eine Minderheit glaubte diese Frage verneinen zu müssen. Sie hielt es insbesondere für bedenklich, durch eine abermalige Anpassung den Glauben an die Möglichkeit einer weiterwirkenden Automatik zu fördern. Vielmehr müsse Klarheit geschaffen werden, daß solche Anhebungen ohne eine inflatorische Einkommensentwicklung nur auf der Grundlage höherer Beitragssätze erfolgen könnten; andernfalls würden die Versicherungsträger in gefährliche Defizite geraten.

Für die Mehrzahl der Beiratsmitglieder gaben schließlich die gegenwärtige Besserung der Finanzlage im Vergleich zu den Vorausschätzungen und die Wahrscheinlichkeit den Ausschlag, daß sich die Finanzen — infolge der die bisherigen Schätzungen voraussichtlich weiter übertreffenden Zunahme auch der Realeinkommen — künftig günstiger gestalten werden. Die bereits eingetretene Verbesserung hat den Zeitpunkt, zu dem weitere Anpassungen zu einer Unterschreitung des Rücklagesolls führen würden, gegenüber den Schätzungen im Sozialbericht 1959 im Durchschnitt um etwa ein Jahr hinausgeschoben. Daher sieht die Beiratsmehrheit in diesem Jahr noch keine Zwangslage, die aus finanziellen Gründen eine Anpassung verbieten würde.

III.

Konjunkturelle Gesichtspunkte

5. Die konjunkturelle Lage in Westdeutschland ist z. Z. durch ein Hinauswachsen der Nachfrage über den Angebotsspielraum gekennzeichnet. Schon im Vorjahr mußte der Beirat auf eine merkliche Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung hinweisen, und einige Beiratsmitglieder erhoben schon damals konjunkturpolitische Bedenken gegen eine Anpassung der Bestandsrenten. Diese Beschleunigung hat sich in den letzten 12 Monaten nicht nur fortgesetzt, sondern sie hat in jüngster Zeit auch auf den Bereich des privaten Verbrauchs übergegriffen, der von einer Rentenanpassung in erster Linie eine Mehrnachfrage zu erwarten hat. Zwar gibt es in einigen Bereichen noch freie technische Kapazitäten. Angesichts der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven können sie aber im großen und ganzen nicht zur zusätzlichen Produktion herangezogen werden. Symptomatisch ist ferner, daß neuerdings die Preise merklich angezogen haben.

   Tatsachen, die ein Nachlassen dieser Spannungen in näherer Zukunft erwarten lassen, sind nach den einschlägigen Veröffentlichungen des Bundeswirtschaftsministeriums, der Bundesbank und der Konjunkturinstitute z. Z. kaum sichtbar. Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland sind bei den Investitionsgüterindustrien immer noch sehr stark. Auch die Ausgaben der öffentlichen Hand haben nach wie vor die Tendenz, rascher zu wachsen als das Sozialprodukt.

   Mit einiger Verzögerung, aber seit dem Frühjahr 1960 doch deutlich sichtbar, hat sich die Lage auf den Konsumgütermärkten verschärft. Die Einkommenssteigerung läßt aber darauf schließen, daß sich diese Tendenz in der nächsten Zeit noch beschleunigt fortsetzt. Die Erfahrungen aus den letztvergangenen Konjunkturabläufen zeigen, daß die Anpassung auf den Konsumgütermärkten nach einiger Zeit auf die der Investitionsgütermärkte folgt. Demnach ist jedenfalls bis zum kommenden Frühjahr keine Erleichterung zu erwarten.

6. Wahrscheinlich wird die Nachfrage insgesamt weiter kräftig ansteigen, während die Produktionsmöglichkeiten im wesentlichen nur noch mit der weiteren Steigerung der Produktivität wachsen können. Der Beirat muß daher davon ausgehen, daß eine Rentenanpassung auch zu Beginn des kommenden Jahres auf ein relativ unelastisches Angebot stoßen und damit preissteigernde Tendenzen verstärken würde. Der Einwand, daß der Rentenzuwachs möglicherweise zu wesentlichen Teilen in Sparkapital verwandelt würde, schlägt demgegenüber nicht durch, wie durch Untersuchungen bestätigt wird, die dem Beirat vorgelegt wurden. Ebenso konnte sich der Beirat nicht die Ansicht zu eigen machen, daß eine Anpassung nur zu Verlagerungen innerhalb der volkswirtschaftlichen Nachfrage führen würde, indem sie zwar die Konsumgüternachfrage erhöht, dafür aber entsprechend weniger Mittel über Kapitalmarkt und Kapitalsammelstellen den Investitionen zufließen lassen würde. Vielmehr führt eine Anpassung unmittelbar zu Nachfragesteigerungen, andererseits ist damit zu rechnen, daß eine Kapitalansammlung angesichts der angespannten Liquiditätslage der Erhitzung entgegenwirkt, indem sie, soweit überhaupt, mit erheblicher zeitlicher Verzögerung zu Investitionen führt.

7. Diese Überlegungen führten zu der Frage, ob einer Rentenanpassung unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt widerraten werden müßte. Einige Beiratsmitglieder vertraten diese Ansicht, zumal die konjunkturpolitischen Bedenken durch finanzielle verstärkt würden.

8. Die Mehrheit des Beirats gelangte indessen zu dem Schluß, daß eine Nichtanpassung der Renten aus quantitativen Gründen (zu denen auch die Verteilung der Rentenauszahlungen auf das ganze Jahr gehört) nur von verhältnismäßig geringer Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtnachfrage wäre. Auf anderen Gebieten der Wirtschaftspolitik können weit wirksamere Einschränkungen der Nachfrage herbeigeführt werden. In diese Richtung zielen auch die von der Bundesregierung und der Bundesbank eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung der Expansionstendenzen. Indessen ist es z. Z. noch fraglich, ob diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg haben werden. Nur im Rahmen eines systematischen und erfolgversprechenden Gesamtprogramms auf den Gebieten der Finanz-, Kredit-, Außenhandels- und allgemeinen Wirtschaftspolitik wäre nach Ansicht der Mehrheit der Beiratsmitglieder eine Nichtanpassung gerechtfertigt. Ist dagegen damit zu rechnen, daß die expansiven Tendenzen bei den anderen Teilen der volkswirtschaftlichen Nachfrage — seien es nun Investitionen, Auslandsnachfrage, Staatsbedarf oder Massenkonsum — nicht genügend eingedämmt werden, so erscheint es der Mehrheit des Sozialbeirats sowohl sozialpolitisch nicht vertretbar wie auch konjunkturpolitisch wenig sinnvoll, durch Verzicht auf Rentenanpassung eine Nachfragesteigerung von etwa 0,8 Milliarden DM jährlich zu unterbinden, während auf anderen Gebieten expansive Wirkungen in Milliardenbeträgen wirksam bleiben.

Heidelberg, den 12. September 1960

Der Vorsitzende
des Sozialbeirats für alle Zweige
der gesetzlichen Rentenversicherung
gez. Prof. Dr. Helmut Meinhold